



Dr. Peter Struck

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Postanschrift: 11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 75003/73731
21. August 2007

An die
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Liebe Genossinnen und Genossen,

für eure Auseinandersetzung mit der Linkspartei vor Ort gebe ich euch ein Papier an die Hand, das die finanzpolitischen Konsequenzen ihrer Gesetzentwürfe und Anträge überprüft und exemplarisch die finanzpolitische Unseriösität dieser Partei deutlich macht. Ihre finanzwirksamen Forderungen würden den öffentlichen Haushalten (Bund, Länder, Kommunen und Sozialversicherungen) allein bei den hier aufgeführten Anträgen und Gesetzentwürfen jährlich Mehrkosten von 154,7 Milliarden Euro bescheren.

Bei der Frage der Gegenfinanzierung macht es sich die Linkspartei leicht – indem sie sich in den meisten Fällen dazu ausschweigt. Wenn sie Vorschläge zur Gegenfinanzierung macht, verheddert sie sich in Widersprüche. So fordert sie an der einen Stelle die Rücknahme der Mehrwertsteuererhöhung, um an anderer Stelle gerade diese Erhöhung zur Finanzierung ihrer Vorschläge einzusetzen. Darüber hinaus spekuliert sie auf Zusatzeinnahmen durch diverse Steuererhöhungen, von denen sie weiß, dass sie entweder politisch nicht durchsetzbar sind oder nicht die erwarteten Einnahmen bringen.

All ihre Versprechungen würden zu Steuererhöhungen und Anhebung der Sozialversicherungsbeiträge führen. Die Linkspartei macht den Staat und seine Bürger arm.

Unterm Strich: Die Linkspartei ist eine reine Protest- und Oppositionspartei, die mit populistischen Anträgen Stimmung macht und mit den Ängsten und Sorgen der Menschen spielt. Mit dieser Partei ist eine seriöse und glaubwürdige Politik nicht zu machen.

Mit freundlichen Grüßen





Die Bundestagsfraktion.

August 2007

Die Linkspartei und das Geld

Inhaltsverzeichnis

Tabellarische Übersicht	3
Arbeit und Soziales	4
Finanzen	8
Bildung und Forschung	11
Gesundheit	14
Wirtschaft und Energie	16
Familien	18
Europa	19
Zusammenfassung	20

Tabellarische Übersicht

<u>Politikbereich</u>	<u>Kosten pro Jahr in Euro</u>
Arbeit und Soziales	<p style="text-align: center;">26,4 Mrd. Euro</p> <p style="text-align: center;"><u>Zusätzlich:</u> Erhöhung des RV-Beitrags auf 28 Prozent, was einen Verlust von mindestens 600.000 Arbeitsplätzen zur Folge hätte.</p>
Finanzen	<p style="text-align: center;">46,7 Mrd. Euro</p> <p style="text-align: center;"><u>Zusätzlich:</u> Steigende Lohnnebenkosten aus Verzicht Mehrwertsteuererhöhung</p>
Bildung und Forschung	<p style="text-align: center;">17,9 Mrd. Euro</p>
Gesundheit	<p style="text-align: center;">9,2 Mrd. Euro</p> <p style="text-align: center;"><u>Zusätzlich:</u> Steigende Lohnnebenkosten</p>
Wirtschaft- und Energie	<p style="text-align: center;">15,5 Mrd. Euro</p> <p style="text-align: center;"><u>Zusätzlich:</u> Verstaatlichung der Strom- und Gasnetze, dadurch: Einmalig 150 Mrd. Euro</p>
Familien	<p style="text-align: center;">19 Mrd. Euro</p>
Europa	<p style="text-align: center;">20 Mrd. Euro</p>
Gesamtkosten	<p style="text-align: center;">154,7 Mrd. Euro</p>

Arbeit und Soziales

1	<u>„Wiedereinführung der Lebensstandardsicherung in der gesetzlichen Rente“ (Drs. 16/5903)</u>	Was uns das kostet
<p>Mit dem Antrag will die Linkspartei den Rentenbeitragsatz bis 2030 auf 28 Prozent anheben.</p> <p>Derzeit liegt der Satz bei 19,9 Prozent und soll 2030 die Marke von 22 Prozent nicht übersteigen. Die Linkspartei ignoriert die demografische Entwicklung und gefährdet den Standort Deutschland. Ein Anstieg der Lohnnebenkosten um sechs Prozentpunkte würde rund 600.000 Arbeitsplätze kosten. (Ein Anstieg der Lohnnebenkosten von einem Prozentpunkt kostet rund 100.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze.)</p> <p>Ausgehend von einem durchschnittlichen Jahresarbeitsentgelt eines Arbeitnehmers von 29.500 Euro in 2007 – was bis 2030 sicherlich noch höher liegen dürfte – käme noch hinzu, dass der Rentenversicherung im Jahr 2030 mehr als vier Mrd. Euro Beitragsmittel fehlen würden.</p> <p>Für Arbeitnehmer mit einem Bruttoeinkommen von 2.000 Euro würde eine derartige Erhöhung der Rentenversicherungsbeiträge eine monatliche Einbuße von 80 Euro bedeuten, auf das Jahr gerechnet sind das 960 Euro.</p>		<p>6 Prozentpunkte höherer Beitrag zur Rentenversicherung</p>

2	<u>„Für ein menschenwürdiges Existenzminimum“ (Drs. 16/2743)</u>	Was uns das kostet
<p>In dem Antrag fordert die Linkspartei die Bundesregierung unter anderem dazu auf, den Regelsatz von ALG II (SGB II) und der Sozialhilfe (SGB XII) zeitnah auf 420 Euro monatlich zu erhöhen und das Bedarfsbemessungssystem zu erneuern.</p> <p>Der Antrag führt zu Mehrbelastungen in Höhe von 10 Mrd. Euro.</p> <p>Die Große Koalition hat die Sätze auf 347 Euro monatlich erhöht und auch die Angleichung West/Ost vorgenommen. Damit sind die Sätze bereits höher als es früher die Sozialhilfesätze waren, die bereits ein existenzsicherndes Niveau hatten.</p>		<p>10 Mrd. Euro</p>

3	<u>„Ausweitung und neue Qualität öffentlich finanziert Beschäftigung“ (Drs. 16/2504)</u>	Was uns das kostet
	<p>Die Linkspartei will im Jahr 2007 mindestens 150.000 öffentlich geförderte sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse auf der Basis eines monatlichen Arbeitnehmerbruttolohns schaffen, der sich an tariflichen Stundenlöhnen orientiert und 1.400 Euro nicht unterschreitet. Außerdem will sie ein Stufenprogramm zur weiteren Ausdehnung öffentlich finanziert Beschäftigung in den Jahren 2008 und 2009, damit mit den kommenden Haushalten sowie der langfristigen Finanzplanung die entsprechenden finanziellen Voraussetzungen für weitere 350.000 öffentlich geförderte Arbeitsplätze bis Ende 2009 geschaffen werden können. Finanziert werden soll dies aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit (BA), Mitteln des Europäischen Sozialfonds und Mitteln von Unternehmen, die sich als Träger an dem Projekt beteiligen sollen.</p> <p>Angaben zu den Kosten werden nicht gemacht. Konkrete Gegenfinanzierungsvorschläge unterbleiben. Geht man von geplanten 500.000 Jobs aus, wären mit jährlichen Brutto-Ausgaben von insgesamt rund 8,4 Mrd. Euro bis 2009 zu rechnen.</p> <p>Der Vorschlag ist ungeeignet und holzschnittartig. Eine derartige Untergrenze bedeutet einen massiven Eingriff in die Tarifautonomie und ist nicht mit den Plänen zum Thema Mindestlohn kompatibel.</p> <p>Unverantwortlich ist auch die Beschränkung auf zusätzliche und gemeinnützige Jobs, wie die Debatte um die Zusatzjobs gezeigt hat. Die Zielgruppenbeschreibung ist viel zu grob. Es besteht der Eindruck, dass nicht nur den Problemgruppen am Arbeitsmarkt geholfen werden soll, sondern eine zukunftsorientierte Wachstums- und Beschäftigungspolitik ersetzt werden soll durch zentralplanerische Vorgaben für ein Mengengerüst der zu schaffenden öffentlich geförderten Beschäftigung. Eine Ableitung der Zahl der benötigten Arbeitsplätze von der Zahl der Menschen ohne ausreichende Perspektive auf dem Arbeitsmarkt fehlt.</p> <p>Problematisch an dem Vorschlag ist auch, dass Menschen ab dem 60. Lebensjahr abgeschoben werden sollen und keine Vermittlungsperspektive mehr haben würden („nahtloser Übergang in die Rente sichern“). Die SPD hat gemeinsam mit der Union die JobPerspektive am 6. Juli 2007 verabschiedet. Dies ist das überlegenere Konzept. Die Linkspartei hat die JobPerspektive im Bundestag mit nicht nachvollziehbaren Argumenten abgelehnt.</p>	<p>8,4 Mrd. Euro</p>

4	<u>„Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes I verlängern“ (Drs. 16/3538)</u>	Was uns das kostet
<p>Die Linkspartei fordert die Bundesregierung auf, die Bezugsdauer des ALG I so zu verlängern, dass für jedes Jahr Beitragszahlung ein Anspruch auf einen weiteren Monat Arbeitslosengeld entsteht. Als Mindestabsicherung soll es nach zwei Jahren Beitragszahlung einen nach Alter stärker gestaffelten Anspruch auf Arbeitslosengeld geben.</p> <p>Für diese Forderung allein würde ein Finanzvolumen von 2,5 Mrd. Euro jährlich notwendig werden.</p> <p>Die Linkspartei argumentiert hier wie unser Koalitionspartner CDU/CSU: Es wird überhaupt nicht berücksichtigt, dass die Arbeitslosenversicherung eine Risikoversicherung ist. Das Äquivalenzprinzip macht in der Arbeitslosenversicherung keinen Sinn. Gegen eine solche Forderung spricht vor allem, dass sie sich gegen Frauen richtet: Diese sind in der Regel kürzer versichert und würden weniger Arbeitslosengeld beziehen. Der Vorschlag richtet sich auch gegen Jüngere, die noch nicht lange in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben und gegen Menschen aus den Neuen Ländern, die über keine durchgängige Erwerbsbiographie verfügen.</p>		2,5 Mrd. Euro

5	<u>„Für Selbstbestimmung und soziale Sicherheit - Strategie zur Überwindung von Hartz IV“ (Drs. 16/997)</u>	Was uns das kostet
<ul style="list-style-type: none"> • In dem Antrag fordert die Linkspartei neben der Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I und der Erhöhung des Betrages für ALG II (vgl. Anträge 2 und 4) u.a. höhere Freibeträge für Vermögen im SGB II, die Rücknahme der Reduzierung des Zahlbetrages für die gesetzliche Rentenversicherung von 78 Euro monatlich auf 40 Euro, Immobilien, die für die Altersvorsorge vorgesehen sind, im SGB II nicht als Vermögen zu berücksichtigen. <p>Die Kosten für die geforderte „Überwindung von Hartz IV“ liegen insgesamt bei rd. 18 Mrd. Euro pro Jahr. Sie setzen sich folgendermaßen zusammen:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 10 Mrd. Euro zur Erhöhung der Regelsätze der Grundversicherung für Arbeitssuchende nach dem Sozialgesetz- 		18 Mrd. Euro

<p>buch Zweites Buch (SGB II), dem dem SGB XII und im Alter auf 420 Euro pro Monat (vgl. Antrag unter 2)</p> <ul style="list-style-type: none"> • 3,5 Mrd. Euro für die Gewährung eines Kinderzuschlags • 2,5 Mrd. Euro für die Verlängerung der Zahlungen von Arbeitslosengeld I (vgl. Antrag unter 4) • 2,0 Mrd. Euro für die Rücknahme der Reduzierung des Zahlbetrages für die gesetzliche Rentenversicherung von 78 Euro monatlich auf 40 Euro. <p>Viele weitere Aspekte dieses Antrages können nicht beziffert werden.</p> <p>Die Linke blendet die Gründe für unsere Reformen auf dem Arbeitsmarkt völlig aus. Diese Reformen zeigen Wirkung. Die Arbeitslosigkeit geht zurück, die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt und auch die Zahl der Langzeitarbeitslosen ist rückläufig. Die Betreuung und Förderung von Sozialhilfeempfängern, insbesondere von Jugendlichen hat durch unsere Reformen eine völlig neue Dimension erhalten. Wir haben zum Beispiel bei den unter 25-Jährigen bereits seit dem vergangenen Jahr eine Betreuungsquote von 1 zu 75 erreicht. Die Arbeitsverwaltung wurde komplett neu aufgestellt – rechtlich, organisatorisch, personell und finanziell. All dies will die Linkspartei rückgängig machen. Wer Hartz IV überwinden will, verschließt die Augen vor der Realität und den Erfolgen unserer Arbeitsmarktreformen.</p>	
---	--

<p><u>Ergebnis Arbeit und Soziales:</u></p> <p>Soweit überhaupt Angaben zu Kosten in den Anträgen der Linkspartei gemacht werden, belaufen sich die Gesamtkosten der Wünsche im Bereich Arbeit und Soziales auf rund 26,4 Mrd. Euro jährlich. Außerdem würden mindestens 600.000 Arbeitsplätze durch eine Erhöhung des RV-Beitragsatzes auf 28 Prozent, wie von der Linkspartei gefordert, verloren gehen.</p> <p>Für die Linkspartei reduziert sich Sozialpolitik auf möglichst hohe Sozialtransfers. Suggestiert wird, dass sozialer Frieden erst dann erreicht ist, wenn möglichst viele Menschen möglichst viele Transferleistungen erhalten. Keine Rolle spielen die Gedanken der Aktivierung und der Integration. Kein Thema ist die Modernisierung der Arbeitsverwaltung, die Arbeitslosigkeit nicht nur verwalten, sondern den betroffenen Menschen möglichst individuelle Hilfen bereitstellen soll.</p>	<p><u>Gesamtkosten</u></p> <p>26,4 Mrd. Euro</p> <p><i>(Die Kosten von 2,5 Mrd. Euro für die Verlängerung der Zahlung von ALG I und von 10 Mrd. für die Erhöhung von ALG II wurden nur einmal berechnet.)</i></p>
---	---

Finanzen

6	<u>„Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhung“ (Drs. 16/2507)</u>	Was uns das kostet
<p>Mit dem Antrag wird ein Verzicht auf Mehrwertsteuererhöhung gefordert. Die bereits in Kraft getretene Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 19 Prozent soll zurückgenommen werden.</p> <p>Damit würde der Staat auf jährliche Einnahmen von rund 21 Mrd. Euro verzichten. Übersehen wird, dass der Bund einen Prozentpunkt der zusätzlichen Einnahmen an die Länder bereits weiter gereicht hat. Mithilfe eines weiteren Prozentpunktes konnte Anfang 2007 der Arbeitslosenversicherungsbeitrag abgesenkt werden (allein diese Maßnahme schlägt mit rund sieben Mrd. Euro zu Buche). Konsequenterweise müsste die Linkspartei den Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung dann auch wieder anheben.</p> <p>Mit den verbleibenden Einnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung setzt der Bund wichtige Impulse für Wachstum und Beschäftigung.</p> <p>Die von der Linkspartei im Antrag dargestellten Befürchtungen vor dem Hintergrund der derzeitigen wirtschaftlichen Lage haben sich außerdem als haltlos herausgestellt.</p>		<p>21 Mrd. Euro</p> <p>1 Prozentpunkt höherer Beitrag zur Arbeitslosenversicherung</p>

7	<u>„Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ (Drs. 16/5245)</u>	Was uns das kostet
<p>In dem Antrag wird die Beschränkung des vom Bundestag mittlerweile beschlossenen „Gesetzes zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ auf das Steuerrecht kritisiert. Die Bundesregierung wird aufgefordert, weitere Maßnahmen zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Angriff zu nehmen. Diese sollen sich vor allem auf den außersteuerlichen Bereich konzentrieren. Finanziert werden soll dies durch die Erhebung einer Vermögensteuer sowie einer Reform der Gewerbe- und Erbschaftsteuer.</p> <p>Diese Forderungen der Linkspartei sind nicht finanzierbar.</p>		

<p>Eine Erweiterung des Übungsleiterfreibetrags auf alle ehrenamtlichen Tätigkeiten könnte zu Steuermindereinnahmen von bis zu 13,7 Mrd. Euro im Jahr führen.</p> <p>Konkrete Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen werden nicht gemacht. Die vorgeschlagenen steuerlichen Gegenfinanzierungsmaßnahmen sind derzeit politisch nicht umsetzbar (Vermögensteuer) oder erbringen voraussichtlich nicht das erforderliche Mehraufkommen (Erbchaft- und Schenkungssteuer).</p> <p>Bereits im Gesetz der Bundesregierung war von einer Ausdehnung der Übungsleiterpauschale auf weitere einzelne Betätigungen, wie ihn auch die Linkspartei fordert, abgesehen worden. Eine solche Ausdehnung des Übungsleiterfreibetrags dürfte wegen dann fehlender Abgrenzungsmöglichkeiten letztlich zu einer Erweiterung der Vorschrift auf alle ehrenamtlichen Tätigkeiten führen.</p>	13,7 Mrd. Euro
---	-----------------------

8	<u>„Einkommensteuertarif gerecht gestalten – Steuerentlastung für geringe und mittlere Einkommen umsetzen“ (Drs. 16/5277)</u>	Was uns das kostet
	<p>Die Linkspartei will den Einkommensteuertarif verändern: Einkommen bis 8.000 Euro jährlich sollen nicht besteuert werden, der Eingangssteuersatz soll bei 15 Prozent liegen, der Spitzensteuersatz bei 50 Prozent und bei einem zu versteuernden Einkommen von 60.000 Euro einsetzen. Der Tarifverlauf soll durchgehend linear progressiv verlaufen. Im Antrag wird unter anderem behauptet, dass bei einem Einkommen von 12.700 Euro bereits 23,3 Prozent Steuern gezahlt werden müssten. Die Linkspartei macht in ihrem Antrag erneut keine Aussage zur Gegenfinanzierung der mit ihrem Tarif verbundenen Steuerausfälle.</p> <p>Die vorgeschlagene Tarifsenkung würde zusammen mit der Anhebung des Grundfreibetrages insgesamt Steuerausfälle in Höhe von jährlich 12 Mrd. Euro (einschließlich Soli) verursachen. Die Grenzsteuerbelastung läge bereits ab einem zu versteuernden Einkommen von 39.600 Euro höher als nach geltendem Recht, so dass Leistungsanreize schon für mittlere Einkommen absinken würden.</p> <p>Die starke Anhebung des Spitzensteuersatzes würde insbesondere mittelständische Unternehmen belasten und würde somit die Maßnahmen zur Erhöhung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit im Rahmen der Unternehmensteuerreform</p>	12 Mrd. Euro

2008 konterkarieren.

Die Behauptung, dass nach dem geltenden Tarif bei einem Einkommen von 12.700 Euro eine Steuerbelastung von 23,3 Prozent bestehen würde, ist im Übrigen falsch. Richtig ist vielmehr, dass bei einem Einkommen von 12.700 Euro die Grenzsteuerbelastung 23,5 Prozent beträgt. Das bedeutet, dass nur der zwölftausendsiebenhunderste Euro mit diesem Satz zu versteuern ist. Der Durchschnittssteuersatz bei dem Betrag von 12.700 Euro liegt lediglich bei 7,7 Prozent.

Ergebnis Finanzen:

Insgesamt würden im Bereich der Finanzen allein für diese Forderungen Kosten von jährlich **ca. 46,7 Mrd. Euro** anfallen. Zur Gegenfinanzierung bietet die Linkspartei das üblich Populistische an: Sie fordert unter anderem die Anhebung des Spitzensteuersatzes, eine stärkere Beteiligung der Unternehmen durch eine höhere Besteuerung, eine Erhöhung der Erbschaft- und Schenkungsteuer und die Neuauflage der Vermögensteuer.

Die Gegenfinanzierungsvorschläge der Linken sind unseriös. Übersehen wird beispielsweise, dass das höhere Aufkommen aus der Erbschaft- und Schenkungsteuer ausschließlich den Ländern zusteht. Von diesen zusätzlichen Einnahmen hätte der Bund also gar nichts. Diese Tatsache wird von der Linkspartei ebenso wenig berücksichtigt wie die Tatsache, dass die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer bei Weitem nicht die propagierten Einnahmen erbringen würde.

Gesamtkosten

**46,7 Mrd.
Euro**

Bildung und Forschung

9	<u>„Hochschulen öffnen – BAföG ausweiten“ (Drs. 16/847)</u>	Was uns das kostet
<p>Mit diesem Antrag will die Linkspartei die automatische Anpassung des BAföG an die Entwicklung der Lebenshaltungskosten, voraussetzungsfreie Masterförderung und Aufhebung der Altersgrenze von 30 Jahren, Umstellung des Förderhöchstzeitraums von Regelstudienzeit auf die durchschnittliche Studienzeit, elternunabhängige Förderung bereits nach drei Jahren Arbeitstätigkeit statt nach fünf Jahren.</p> <p>Mittelfristig soll das BAföG „zu einer elternunabhängigen und bedarfsdeckenden Grundsicherung mit Vollzuschuss“ ausgebaut werden. „Diese Grundsicherung soll auch Schülerinnen und Schülern der Oberstufe, Auszubildenden in außerbetrieblichen oder vollzeitschulischen Ausbildungsgängen und Erwachsenen während der Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen zur Verfügung stehen.“</p> <p>Der Ausbau zu einer Grundsicherung verändert den Charakter des BAföG: Statt eine auf Sicherung der Chancengleichheit in der Bildung gerichtete Sozialleistung entstünde ein – unfinanzierbares – staatliches Stipendiensystem für Jedermann. Das ist sozialpolitischer Unsinn. Auch Studierende aus Doppelakademiker- oder Spitzenverdiener-Haushalten erhielten so einen vollen BAföG-Anspruch.</p> <p>Die Kosten einer solchen Grundsicherung würden allein für Studierende 14 Mrd. Euro betragen. Der Anteil des Bundes läge bei neun Mrd. Euro – das neunfache der gegenwärtigen Mittel. Hinzu kämen Mehrausgaben für die geforderte Förderung von Oberstufen-Schülern und Auszubildenden in vollzeitschulischer bzw. außerbetrieblicher Ausbildung. Das wären zusätzlich 5,4 Mrd. Euro, davon rund 3,6 Mrd. Euro aus Bundesmitteln. Gesamtkosten somit knapp 20 Mrd. Euro statt bisher 2,2 Mrd. Euro. Die Weiterbildungsteilnehmer sind dabei noch nicht berücksichtigt (und kaum quantifizierbar). Gegenfinanzierungsvorschläge werden auch diesmal nicht unterbreitet. Abzulehnen ist die voraussetzungslose Master-Förderung, da damit jeder Master-Studiengang – das heißt auch die Weiterbildungs-Angebote etwa viele Jahre nach einem BA-, Examens- oder Diplom-Abschluss – förderfähig würde.</p>		<p>17,2 Mrd. Euro</p> <p><i>(Gesamtkosten 19,4 Mrd. Euro abzüglich bisher veranschlagter 2,2 Mrd. Euro)</i></p>

10	<u>„Hochschulpakt 2020 – Kapazitätsausbau und soziale Öffnung“ (Drs. 16/3278)</u>	Was uns das kostet
<p>Die Linkspartei bewertet den Hochschulpakt als unzureichend. Gefordert wird unter anderem eine Verdopplung der Haushaltsmittel für die erste Säule (Kapazität) des Hochschulpaktes, den Ländern in der Mittelverteilung und -verwendung qualitative Vorgaben zu machen (Frauenförderung usw.), in der zweiten Säule die Programmpauschale auf alle DFG-Projekte zu erweitern und auch nach 2010 keine Beteiligung der Länder vorzusehen sowie auf einen Studiengebührenverzicht der Länder hinzuwirken.</p> <p>Eine Verdopplung der Haushaltsmittel würde allein bis 2010 565 Mio. Euro zusätzliche Ausgaben im Bundeshaushalt bedeuten. Hier verkennt die Linkspartei, dass die Grundfinanzierung der Hochschulen nach wie vor Sache der Länder ist. Der Bund kann und soll deren Versäumnisse der letzten 20 Jahre nicht alleine ausgleichen. Ländervorgaben sind nach der ersten Föderalismusreform in der Form nicht durchsetzbar, ebenso sind Studiengebühren nicht Sache des Bundes.</p> <p>Es kann nicht sein, dass der Bund die Programmpauschalen alleine trägt, wo doch die DFG insgesamt nach 50 zu 50 finanziert wird und die Pauschalen der Grundfinanzierung der Hochschulen und Forschungseinrichtungen zugute kommen (Ländersache). Wir wollen nach 2010 eine Beteiligung der Länder durchsetzen. Auch die sofortige Erweiterung auf alle DFG-Förderfälle bedeutet einen Mehrbedarf von ca. 168 Mio. Euro jährlich für den Bund (2008 soll die DFG 840 Mio. Euro erhalten, davon 20 Prozent zusätzlich Programmpauschale).</p>		733 Mio. Euro

<p><u>Ergebnis Bildung und Forschung:</u></p> <p>Die Problemanalysen sind häufig durch Vereinfachung, Einseitigkeit und mangelnde Tiefenschärfe gekennzeichnet. Entsprechend holzschnittartig und allgemein sind die vorgebrachten Forderungen und Lösungen. Vorschläge zur Gegenfinanzierung kostenwirksamer Forderungen werden kaum unterbreitet. Politisch werden stets Handlungsoptionen suggeriert, die etwa aufgrund fehlender Bundeszuständigkeit nicht bestehen.</p>	<p><u>Gesamtkosten</u></p> <p>17,9 Mrd. Euro</p>
---	--

Der finanzielle Bedarf ist nicht realistisch berechnet. Die Kosten würden ins Unermessliche steigen. Allein für die geplante Studierendenförderung ergäben sich jährliche Kosten von 14 Mrd. Euro. Für den Bund wären dies 9 Mrd. Euro, das neunfache der gegenwärtigen Mittel. Für das Schüler-BAföG fielen weiterhin jährlich 5,4 Mrd. Euro, davon 3,6 Mrd. Euro Bundesmittel an. Insgesamt wären dies Kosten von knapp 20 Mrd. Euro gegenüber gegenwärtig 2,2 Mrd. Euro – für den Bund alleine 12,6 Mrd. Euro. Weiterbildungskosten sind dabei noch nicht einmal berücksichtigt.

In der Hochschulpolitik fielen noch mal Mehrkosten von 733 Mio. Euro an. Die Linkspartei ignoriert dabei die föderalen Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten, die den Ländern obliegen.

Gesundheit

11	<u>„Ermäßigung des Mehrwertsteuersatzes für apothekenpflichtige Arzneimittel“ (Drs. 16/732)</u>	Was uns das kostet
<p>Mit dem Antrag möchte die Linkspartei den Mehrwertsteuersatz auf sieben Prozent für apothekenpflichtige Arzneimittel senken und so die Bürgerinnen und Bürger und die Krankenkassen entlasten.</p> <p>Die im Antrag geforderte Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von sieben Prozent auf Arzneimittel hätte jährliche Steuerausfälle von rd. 3,7 Mrd. Euro zur Folge.</p> <p>Die Weitergabe der Steuerersparnis an die Patienten beziehungsweise Krankenkassen könnte darüber hinaus nicht auf Dauer sichergestellt werden. Vielmehr dürften die daraus kurzfristig generierten Minderausgaben von der Pharmaindustrie schnell über höhere Preise oder durch Mehrverordnung teurerer Arzneimittel durch die Ärzte auf die Versicherten abgewälzt werden.</p> <p>Eine Ermäßigung der Mehrwertsteuer auf Arzneimittel ist kein geeignetes Mittel, um eine Kostendämpfung im Gesundheitswesen dauerhaft zu gewährleisten. Unser Ziel ist es, die gesamtgesellschaftliche Aufgabe der Gesetzlichen Krankenversicherung zunehmend aus Steuermitteln zu finanzieren und zwar zuverlässig und zielgenau durch direkte Bundeshilfen – so werden die Beitragszahler entlastet.</p>		3,7 Mrd. Euro

12	<u>„Gesetzentwurf zur Änderung des Fünften Buches Sozialgesetzbuch“ (Drs. 16/451)</u>	Was uns das kostet
<p>In dem Gesetzentwurf fordert die Linkspartei die Abschaffung der Praxisgebühr. Die entstehenden Mehrausgaben der Kassen in Höhe von 1,68 Mrd. Euro sollen durch Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt kompensiert werden.</p> <p>Der im Gesetzentwurf genannte Betrag ist zu niedrig kalkuliert. Die Ausgabenreduzierung der Krankenkassen beträgt 2 Mrd. Euro. Dies entspricht einer Größenordnung von 0,2 Beitragsatzpunkten.</p> <p>Für die einkommensärmeren Versicherten sind Sozialklauseln eingeführt worden. Die Summe der Zuzahlungen darf nicht</p>		2 Mrd. Euro

<p>mehr als zwei Prozent des jährlichen Bruttoeinkommens betragen. Für chronisch kranke Menschen beträgt die Belastungsgrenze ein Prozent. Zudem sind Kinder bis 18 Jahre, die Schwangerenvorsorge und alle Vorsorgeuntersuchungen von der Praxisgebühr ausgenommen. Hauptprofitierende des Vorschlages wären Gutverdienende, die mit den Zuzahlungen die Belastungsobergrenzen nicht erreichen. Die Praxisgebühr hat zudem eine Steuerungsfunktion. Patienten gehen vermehrt zuerst zum Hausarzt und versuchen Arztbesuche gezielter quartalsweise zu organisieren.</p>	
--	--

13	<p><u>„Dem Gesundheitswesen eine stabile Finanzgrundlage geben“ (Drs. 16/3096)</u></p>	<p>Was uns das kostet</p>
<p>In ihrem Antrag fordert die Linkspartei – ohne einen Vorschlag für Gegenfinanzierungsmaßnahmen – unter anderem die Rücknahme des nur von den GKV-Mitgliedern zu entrichtenden Sonderbeitrags von 0,9 Prozent, der Praxisgebühr und weiterer Zuzahlungen.</p> <p>Die Abschaffung der Zuzahlungen und der Praxisgebühr würde die GKV-Finzen mit rund 5,5 Mrd. Euro belasten (vgl. auch Antrag unter 12). Darüber hinaus gingen die mit den – sozialverträglich ausgestalteten – Zuzahlungen verbundenen sinnvollen Steuerungswirkungen verloren. Außerdem würde die geforderte Rücknahme des Sonderbeitrags von 0,9 Prozent zu erheblichen Belastungen der Arbeitgeber (4,5 Mrd. Euro) und der GKV-Finzen führen.</p>		<p>5,5 Mrd. Euro</p>

<p><u>Ergebnis Gesundheit:</u></p> <p>In der Gesundheitspolitik argumentiert die Linke unredlich und operiert mit falschen Zahlen. Sie ignoriert, dass zum Beispiel die Praxisgebühr eine sinnvolle Steuerungsfunktion hat. Die Gesamtkosten dieser Vorschläge belaufen sich allein im Gesundheitswesen auf jährlich rund 9,2 Mrd. Euro. Nicht berücksichtigt sind dabei drohende Arbeitsplatzverluste durch steigende Lohnnebenkosten für Arbeitgeber, wenn der Sonderbeitrag künftig paritätisch finanziert werden soll.</p>	<p><u>Gesamtkosten</u></p> <p>9,2 Mrd. Euro</p> <p><i>(Die Praxisgebühr mit 2 Mrd. Euro wurde nur einmal eingerechnet)</i></p>
---	--

Wirtschaft und Energie

14	<u>„Privatisierungsfolgen seriös bilanzieren – Privatisierungen aussetzen“ (Drs. 16/3914)</u>	Was uns das kostet
<p>Mit dem Antrag möchte die Linkspartei die alten Staatsmonopole wieder herstellen und Privatisierungen stoppen.</p> <p>Dies bedeutet: Weniger Wettbewerb, höhere Preise, weniger Qualität. Ausgetragen wird dies auf dem Rücken der Verbraucher. Erläuterung? Es gibt keinen Finanzierungsvorschlag. Voraussichtlich wird der Bund im Jahr 2007 etwa 9 Mrd. Euro durch Privatisierungen einnehmen. Daher müsste die Linkspartei auch konsequenterweise sagen, wo die dann fehlenden 9 Mrd. Euro im Haushalt eingespart werden können.</p>		9 Mrd. Euro

15	<u>„Strom und Gasnetze in die öffentliche Hand“ (Drs. 16/2678)</u>	Was uns das kostet
<p>Die Linkspartei fordert in diesem Antrag eine Übertragung der Strom und Gasnetze in die öffentliche Hand.</p> <p>Dies würde eine Enteignung bzw. Sozialisierung der Netze für Strom und Gas bedeuten. Da keine Differenzierung nach Übertragungs- und Ortsnetzen erfolgt, muss man davon ausgehen, dass auch die örtlichen Netze gemeint sind.</p> <p>Der Kauf der Stromnetze würde die öffentliche Hand einmalig rund 120 Mrd. Euro kosten. Zwar werden auch in Zukunft Einnahmen daraus entstehen, fest steht aber, dass ein Betrag in dieser Größenordnung erst einmal aufgebracht werden müsste. Für das Gasnetz sind noch einmal 30 Mrd. Euro zu veranschlagen. Für die gesamte Strom- und Gasversorgung ergibt sich daher ein Gesamtbetrag von 150 Mrd. Euro.</p>		Einmalig 150 Mrd. Euro

16	<p><u>„Die zukünftige Energieversorgung sozial und ökologisch gestalten“ (Drs. 16/1082)</u></p>	<p>Was uns das kostet</p>
<p>In dem Antrag fordert die Linkspartei die Anpassung der Ökosteuerregelung an den Bedarf einkommensschwacher Haushalte, die Beibehaltung der Steuerbegünstigung von Biokraftstoffen und eine nicht näher beschriebene Ausweitung des CO₂ Gebäudesanierungsprogramms.</p> <p>Der Kosten-Betrag für die Ökosteuer ist kaum bezifferbar. Geschätzt fielen etwa bis zu 2 Mrd. Euro Mehrausgaben pro Jahr an. Auch für die Ausweitung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms werden keine konkreten Beträge genannt. Bei einer Verdopplung wären 1,5 Mrd. Euro Mehrkosten pro Jahr fällig. Um die Steuerbefreiung von Biokraftstoffen wieder herzustellen, fielen absehbar weitere Steuerzufälle von rund 3 Mrd. Euro pro Jahr an.</p> <p>Unter Berücksichtigung aller im gesamtpolitischen „Konzept“ enthaltenen Forderungen ist die Finanzierung der Vorschläge nicht stringent: Die Finanzierung von Förderprogrammen zur Energieeinsparung soll durch die Mehreinnahmen des Bundes bei der Mehrwertsteuer erfolgen. Die Linkspartei berücksichtigt dabei nicht, wofür die Einnahmen aus der Erhöhung bereits verwendet oder eingeplant wurden.</p>		<p>6,5 Mrd. Euro</p>

<p><u>Ergebnis Wirtschaft und Energie:</u></p> <p>Die Verstaatlichung der Strom- und Gasnetze würde einmalig insgesamt rund 150 Mrd. Euro kosten. Diesem Betrag stünden zwar in Zukunft Einnahmen gegenüber, allerdings muss der Betrag erst einmal vorfinanziert werden. Auch das Aussetzen weiterer Privatisierungen würde eine Lücke von 9 Mrd. Euro für 2007 nach sich ziehen. Für die Energiepolitik der Linkspartei fielen weitere rund 6,5 Mrd. Euro jährlich an. Aspekte der ökonomischen Stärke Deutschlands und der Unternehmen werden bei der Linkspartei ausgeblendet.</p>	<p><u>Gesamtkosten</u></p> <p>15,5 Mrd. Euro</p>
---	--

Familien

17	<u>Entschließungsantrag zum 7. Familienbericht (Drs. 16/5783)</u>	Was uns das kostet
<p>In dem Entschließungsantrag erhebt die Linkspartei eine Vielzahl von Forderungen für den Bereich der Familienpolitik, erneut ohne detaillierte oder ausreichende Finanzierungsvorschläge. Sie fordert unter anderem das Kindergeld für alle Kinder auf 250 Euro anzuheben.</p> <p>Allein die Kindergelderhöhung in dieser Größenordnung würde Kosten in Höhe von etwa 19 Mrd. Euro jährlich nach sich ziehen (fünf Euro Kindergeld-Erhöhung kosten eine Mrd. Euro). Auch für diese gewaltige Summe gibt es keine Finanzierungsvorschläge.</p>		19 Mrd. Euro

<p><u>Ergebnis Familien:</u></p> <p>Auch in der Familienpolitik verfährt die Partei nach dem Motto: Je mehr desto besser. 19 Mrd. Euro würde allein die Erhöhung des Kindergeldes kosten. Doch dies führt nicht automatisch zu mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit.</p>	<p style="text-align: center;"><u>Gesamtkosten</u></p> <p style="text-align: center;">19 Mrd. Euro</p>
---	--

Europa

18	<u>„Europäischen Sofortprogramms Zukunftsinvestitionen“ (Drs. 16/3796 und 16/4442)</u>	Was uns das kostet
<p>Die Linkspartei fordert die Einrichtung eines Europäischen Sofortprogramms Zukunftsinvestitionen mit den Schwerpunkten öffentliche Beschäftigung und ökologischer Strukturwandel in Höhe von einem Prozent des EU-BIP.</p> <p>Dies entspricht der Höhe des gesamten jährlichen EU-Haushaltes. Wie die sich daraus ergebende Summe von 108,17 Mrd. Euro zusätzlich finanziert werden soll, bleibt unklar. Offen bleibt auch, ob dies eine Anschubfinanzierung darstellt, oder eine jährliche Förderung. Letzteres wäre allerdings unfinanzierbar. Für Deutschland, das mit 22 Prozent am EU-Haushalt beteiligt ist, fielen dabei für dieses Sofortprogramm zusätzlich zu den 20 Mrd. Euro jährliche Beteiligung am EU-Haushalt weitere 20 Mrd. Euro an. Die Beteiligung Deutschlands würde sich auf jährlich 40 Mrd. Euro belaufen.</p>		20 Mrd. Euro

<p><u>Ergebnis Europa:</u></p> <p>Typisch für die Anträge der Linkspartei im Bereich der Europapolitik ist insgesamt der sprachliche Duktus und die kontinuierliche Negativbewertung der europapolitischen Agenda. Kritisiert wird die angeblich zunehmende Militarisierung der Europäischen Union. Die EU gefährde außerdem Freiheitsrechte und Demokratie durch die betriebene Politik der Abschottung gegenüber „Armutsflüchtlingen“, Kriegsflüchtigen und politisch Verfolgten.</p>	<p><u>Gesamtkosten</u></p> <p>20 Mrd. Euro</p>
--	--

Zusammenfassung

- Für die beispielhaft dargestellten Forderungen der Linkspartei fielen jährlich Kosten von rund 154,7 Mrd. Euro an. Geld spielt bei der Linkspartei offensichtlich keine Rolle.
- Die Gegenfinanzierungsvorschläge sind widersprüchlich. Die Linkspartei fordert beispielsweise auf der einen Seite den Verzicht auf die Mehrwertsteuererhöhung, auf der anderen Seite wird die Mehrwertsteuer zur Gegenfinanzierung bestimmter Vorhaben herangezogen.
- Ihre Gegenfinanzierungsvorschläge sind zudem auf Sand gebaut. Die Linkspartei rechnet sich die Welt schön. Sie setzt beispielsweise für die Wiedereinführung der Börsenumsatzsteuer ein Volumen von 30 Mrd. Euro an. Wenn man berücksichtigt, dass im letzten Jahr ihrer Erhebung damit „nur“ 400 Mio. Euro erreicht wurden, zeigt allein diese Tatsache, wie ernst die Gegenfinanzierungsvorschläge der Linkspartei zu nehmen sind.
- Die Lohnnebenkosten würden deutlich steigen (allein 6 Prozentpunkte in der Rentenversicherung, 1 Prozentpunkt in der Arbeitslosenversicherung und auch in der Beitrag zur Krankenversicherung würde sich verteuern).
- Auffällig ist, dass sich die Linkspartei ausschließlich mit der Verteilungsseite beschäftigt. Fragen nach der Wettbewerbsfähigkeit werden nicht gestellt. Sie reduziert Sozialpolitik auf möglichst hohe Zahlungen. Je mehr, desto sozialer ist dabei ihr Credo.
- Um die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und den Standort Deutschland kümmert sich die Linkspartei dagegen nicht. Im Gegenteil: Hohe Lohnnebenkosten, möglichst hohe Steuern und Einschränkung des Wettbewerbs sind ihre Rezepte. Wie sich Deutschland und die Unternehmen im internationalen Wettbewerb damit behaupten sollen, wird von ihr nicht thematisiert. Daraus resultierende Arbeitsplatzverluste werden von der Linkspartei ignoriert.
- Vielfach soll der Bund finanziell in die Bresche der Länder springen. Auf die Kompetenzverteilung des Grundgesetzes wird dabei wenig Rücksicht genommen.